

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr mit Dönhofs 3688-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: zum Preis 36 Pfennig. Familien-Anzeigen: nach Vereinbarung. Redaktionelle Aufsätze in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 598 - B 296

FREITAG, 19. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

Große Mehrheit für Braun

Deutschnationale Mißtrauensanträge mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt

Im Verlaufe des heutigen Landtags wurden die deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen den Reichspräsidenten Brauns und den Finanzminister Gehrung mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt. An den namengebenden Abstimmungen beteiligten sich 408 Abgeordnete. Fast davon haben sich der Stimme enthalten. So lag nur 406 Stimmen gültig waren. Das Ergebnis wurde mit Zustimmung der äußersten Rechten und Linken aufgenommen, die aber von dem stärksten Beifall der Regierungsparteien überhört wurden.

Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Etats — der Landtag geht heute in die Ferien und verlegt die Entscheidung über den Betrag mit der Volkskammer — setzte sich Finanzminister Gehrung mit nationalsozialistischen Reichstagen zur Finanzierung auseinander. 300 Milliarden, so sagte er, das nationalsozialistische Cautionsgesetz würde sich auch bei einem späteren Siege der Nationalsozialisten als wirkungslos erweisen, denn bei der von ihnen verlangten Verstaatlichung der Banken würde sich zeigen, daß der größte Teil des Kapitals gar nicht den Banken gehört.

Das nationalsozialistische Programm ist nur eine Zerkleinerung der Werte, die von finanzministerlichen Dingen nicht verstehen. Es ist auch ganz falsch, daß der Staat durch die Aufnahme von Anleihen in die Möglichkeit hat den Banken gegen. Während man aber das von den Nationalsozialisten empfohlene System

der Staatsgutspreise durchführt, so würden wir noch einmal eine kräftigere Inflation mit allen ihren Schäden erleben.

Warum wendet sich denn die herrschende Regierung, auf die die Nationalsozialisten maßgebend einwirken, gegen die Nationalsozialisten, die sich für den Staat? Warum gibt sie nicht Staatsgutspreise aus? (Schrei) Wehlig liegt es in Brauns' Weg. Wo die Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Erprobung ihres Programms gehabt hätten, haben sie tätigkeit verweigert.

Die Ablehnung des ganzen Reformplans der Reichsregierung läßt sich aber auch vom Standpunkt der Gegner des Young-Plans aus nicht verantworten. Selbst wenn wir gar keine Reparations- und Schuldzinsen hätten, hätten wir die verdamnte Pflicht und Verpflichtung, unsere Welt dadurch das Leben zu ermöglichen, daß wir die Finanzen in Ordnung bringen. (Beifall u. d. Regierungsparteien.)

In der Debatte ist auch gefragt worden, ob nicht anstatt des allgemeinen Ausgabenbeschränkungs für die Beamten die gezielte Gehaltskürzung erfolgen kann. Eine tiefere Stellung würde aber den Gehältern der Reichsregierung betrieblieben, monach es sich bei der Kürzung um 6 Prozent gar nicht um einen Gehaltsabbau handeln löte, sondern um eine Angleichung der Gehälter an die geringeren Beziele. Streuen ist außerdem auf der Grundlage der Steuererhebung des Reichspräsidenten nicht in der Lage, eine andere Regelung durchzuführen als es im Reich der Fall ist.

europäen als aus anderen Gebieten. Die vorgesehene Einmannederzerrung würde daher in der Praxis das Quotenverhältnis zu Ungunsten der nördlichen und westlichen Länder Europas verschleppen. Deshalb ist auf Stimul vor, statt einer generellen Sperre eine Quotenreduktion vorzunehmen, selbst wenn diese bis auf 10 u. 8. der bisherigen Quoten hinuntergesetzt werden müßte. Unter der vorliegenden Regelung, die zur Zeit in Kraft ist, entstehen im November nur 221 deutsche Einwanderer das Stimm, also noch weniger als 10 u. 8. der normalen Monatsquote Deutschlands, die 2600 Personen beträgt.

Sturm im Unterhans

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 19. DEZEMBER

Gegen Schluß der gestrigen Unterhansdebatte über das Handelsabkommen, als deren Ergebnis die englischen Handelsverträge bis 1933 verlängert werden, kam es zu hitzigen Szenen, weil verschiedene Arbeiterorganisationen indirekt Angriffe auf Lord Macleod (Sir Alfred Mond) und dessen Sohn Henry Mond wandten und die Direktoren der „Imperial Chemical Industries“ der Korruption beschuldigten. Auch bei 18 Anwesenden, die am Mittwoch im Unterhans für die Verlängerung der Handelsverträge gestimmt hatten, wurden niedrige Beweggründe für ihr Verhalten vorgeworfen.

Berlin's Kredit-Verhandlungen

Zwei Inlandskonsortien als Geldgeber

Die Anleiheverhandlungen der Stadt Berlin fallen, wie berichtet, nicht zum Wohlglück. Im Laufe des heutigen Nachmittags dürfte die endgültige Entscheidung fallen. Nachdem sich die Besprechungen mit dem amerikanischen Bankkonsortium geschlossen haben, wurden die Verhandlungen lediglich im Inlande fortgesetzt. Das bekannte Berliner Konsortium unter Führung der Preussischen Staatsbank (Gehobandlung) und der D.P.-Bank hat sich bereit erklärt, die Hälfte der benötigten Geldsumme von 40 Millionen zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß hier die restlichen 20 Millionen ebenfalls eine Verhandlung erzielt wird. Zur Zeit ist ein zweites Konsortium in Bildung begriffen, in welchem die Deutsche Orientbank, die in dem ersten Konsortium nur als Mitglied vertreten ist, eine ausfallende Rolle spielen dürfte. Die Verhandlungen für das Inlandbesondere des neuen Anleihen werden als durchaus günstig bezeichnet.

Kampf gegen die Kunst!

Es ist nicht nur das Raub der Politik, das sich rühmlichst fürchten will — die Reaktion auf der ganzen Linie trittert Morgenluft. Was alle Spiel beginnt von neuem: rings umhergerichtet gegen die lebendige Kunst der Gegenwart der Mächtigsten — das hat, der genährt ist von der Abhängigkeit des Volkes — zu sprechen, und weiß nicht, daß nur der Wandel an Verhältnis für Entwicklung und neue Triebkräfte des Schöpfens aus ihm reibt. Nicht nur allem nicht, daß er den hohen Zwecken, denen er zu dienen vorgibt, aber auch glaubt, geschwinde zum Schmalen, in dem die deutsche Gesellschaft noch der Erklärung des freien, unabhinglichen in plattförmigen Gestaltungen sich durchdringen liecht. Und so fort. Wie die Künstler, die aus dem Weimarer Schicksalstumme werden werden, haben seit an der eigenwilligen Entfaltung unserer nationalen Kunst während der letzten Jahrzehnte, verfallen der Welt etwas dem geheimnisvollen Wesen des Deutschen Geistes. Aber sie werden gekümpft, weil sie nicht mit allen Mitteln, nicht mit den landläufigen künstlerischen Mitteln, sondern mit den banalen Ausdrucksformen antworten, die er heute als regierungsfähig sich annehmende Geschlossenheit allein begriffen erscheinen.

Ein ganz besonderer Stolz der heutigen Kunstlosigkeit vom heute ist die großartige, von der Welt ringsum bewunderte Stellung unserer neuen Kunst. Aber was geschieht nun? In den Organen der Partei, die das Deutschland bei jedem Schlag im Wunde führt, wird gegen die „boisgewissliche Artigkeit“ gehetzt. Welch ein Unfalm! Eben erst haben wir den Wiener Reichstagen abholt Zornes gefeiert, der schon am Ende des vorigen Jahrhunderts die inneren Verhältnisse erlornt, die die Geringschätzungen von heute bereits vorgezeichnet, der 1910 sein berühmtes Drama am Wiener Musiktheaterplatz baute, die Berliner und Wiener oder nach ihm kommenden Klaren, Kubischen Bauten — das alles zu Zeiten, als man noch nicht einmal den Namen Bolschewismus kannte. Man fühlt auf der realistischen Seite offenbar gar nicht, wie die fremde Kunst unsere neuen Baumensens, die reine Durchsichtigkeit seiner Grundlinien ganz eigentlich aus freilich bestanden Eigenschaften hervorragt. Im Grunde dabei es solcher Bewusstseinsführung gar nicht, denn jede stark künstlerische Leistung wagt ganz von selbst aus den Tiefen des Volkstums hervor. Man muß sie nur heranziehen, um die große Torheit dieser entnervenden Angriffe zu entzählen.

Ganz besonders ist den Gegnern heutiger Architektur das flache Dach im Gegensatz des Mergersystems. Ihr Schamgefühl wird offenbar zumal hierdurch gerührt verlegt. Welche Zeit wird bezeugt im Reich geistlich. Als handele es sich um die Verteilung einer freieschaffenden Tätigkeit. Will man sehr wirksam sein, so läßt man nebenbei die Zenerierung flache das flache Dach flamme aus dem Ort, etwa Palästina, und ist set, nun ja, eine orientalische Erklärung. Aber in einem Buche „Die deutsche Kaiserstadt Berlin“, das der Stadtrat Ernst Friedel 1882 herausgab, und das bewundernd von den neuen Heilen Dichtern mit Giebeln und Türmen im deutschen Reich bewundert worden ist, wird verächtlich auf den „Gehimesbauartstil“ herabgesehen, wie Friedel sich ausdrückt — nämlich auf die flache Bedachung der Wiener Schinkels und seiner Schule, die um der klaren Schönheit seiner Gebäude, um der Geschlossenheit ihres Einbruchs willen, schon vor hundert Jahren zu diesem Mittel griffen!

Noch ein Fall. Im Mainz ist während der Freiheitskriege ein Denkmal entzählt worden: eine stehende Frauenfigur, die wie aus schwerem Eisen und bösem Traum sich zu lösen scheint. Also fast ein Symbol des „erwachten Deutschland“. Ueber die Oberwelt und den Schatz der Frau ist ein Satz getrieben über der Oberkörper ist hülflos. Da ist ein Satz getrieben über der Oberkörper ist hülflos. Gegen wir nicht Sturm glauben. Es ist die flüchtige Statur, welche keine Malerzeit, die auf Giebel und Anstand hält, wieder sich in der Offenheit zeigt! ... Gegen

Um Preußen

Der Hauptkern der für die Eroberung Preußens durch die Rechtsradikalen angelegt wird, ist bestimmtlich der Volksentscheid, bei dem Nationalsozialisten, die Stahlheimführer und die Jugendergruppe letztendlich zusammengehen wollen, aber so, daß die verschiedenen Kontrahenten Borken treffen wollen, daß ihnen der Eisenentwurf der Partei zufällt. Die Nationalsozialisten verlangen 100 Prozent Jugendergruppe nicht von Gitter greifen werden und der Stahlheim hat Beförderung, das ist ihm nur dazu verwendet, die Parteien für die anderen aus dem Feuer zu holen. Als vierter im Bund stellt sich die Wirtschaftspartei ein, von der nur Eins hier ist, daß sie höchstens als Mittläufer gebildet wird.

Der Kampf um das Fell des nicht erledigten Bären wird verwickelt durch einen Antrag, den der Preußische Nationalsozialisten-Deutschnationalen-Wirtschaftspartei — im Preußischen Landtag eingebracht hat. Sie verlangen darin eine Erleichterung und Befreiung des Verfahrens bei Volksbefragungen und Volksentscheid.

Dieser Antrag bedeutet die Aufforderung an die Regierungsmehrheit, den verantwortungslosen Versuch der Opposition zu unterstützen, das deutsche Volk in dem Augenblick schwerer Erleichterung seiner wirtschaftlichen Gehilts auszuweichen zu beunruhigen und alle Versuche einer Stabilisierung auf unbestimmte Zeit zu verzögern.

Das negative Ergebnis des Antrags steht fest. Was soll also der Versuch? Er ist nicht der Eisenentwurf der Partei, er ist ein Anzeichen, dafür, daß man doch innerlich bevor zurückredet, das Experiment eines neuen Volksentscheids zu wagen, dessen Ergebnis trotz aller Verschönerungen den Befürwortern des Planes selbst höchst zweifelhaft erscheinen muß.

Amerikas geschlossene Tür

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 19. DEZEMBER

Im Senat konnten fünf Staatsverträge Stimul und Arbeitsminister Deal gegen die Vorleser über eine zweijährige Einmannederzerrung, die kürzlich vom Einmannederzerrung angenommen worden ist. Stimul begründete seinen Einwand damit, daß die Verlängerung der Sperre nicht die Einmannederzerrung von Familienangehörigen einbeziehe, die weiterhin unter der Vorzugsquote nach Amerika hereinfinden. Gerade aber unter der Vorzugsquote wanderten erlöschungsgemäß viel mehr Personen aus Süd- und Ost-

folke Art, künstlerische Dinge zu beurteilen, ist man freilich wissenschaftlich.

Der Anstoß gegen literarische Werke, gegen moderne Kunst, gegen Erzählweise der Filmindustrie verbindet sich leicht mit den Umlagegedanken gegen die Kultur. Die Kultur der Gegenwart: Alle geistigen Leistungen unseres Landes sollten aufhören und diesem unmarxistischen Fehler der Kunstfreiheit und Verleumdungsbücherei das Gewicht ihrer Namen, ihres Lebenswertes, ihrer Ueberzeugungen entgegenbringen. Phantastischer eines Volkes kann nicht gegeben werden, wenn für nicht Freiheit gemähtet wird — Freiheit auch für die Erprobung neuer, ungewohnter, vielleicht zuerst verächtlicher Gebilde, Freiheit auch im äußeren Epochen, Freiheit auch für Ausweisungen, bei denen die Möglichkeit vorliegt, daß erst die kommende Generation sie in ihrem ganzen Umfang erfährt. Max Osborn.

★

In der Professorensammlung, die der „Rampfadler“ gegen Zaner“ heute abend im Herrenhaus veranstaltet, werden Frau Rubenstein für die Maler, Willy Geiger für die Bildhauer das Wort nehmen.

Wettlauf um die Bauern

Hugenbergs Agrarprogramm gegen Preußen

Während unsere besten Anbauer im Ausland den Einfluß des Landbauverbessers Gelele auf die deutsche Landwirtschaft mit wachsendem Interesse aufsuchen und bei Gelegenheit bei den Verhandlungen mit Holland im Januar erste Schwierigkeiten zu erwarten sind, hat Hugenberg den Augenblick für geeignet, mit neuen, hemmungslos bemageligen Agrarforderungen oder die Öffentlichkeit zu treten. Sämtliche Hugenberg-Blätter bringen heute einen Artikel des designierten Führers, in dem die agrarische Follage als Vorwand dient, um die preussische Regierung anzugreifen.

Hugenberg spricht jetzt auf einmal von den angeborenen Agrarunmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung, „faßt“ für deren Ausbau sich die „Politische Zeitung“ seit Jahren ein, während die „Sozialistische Zeitung“ einseitig die Interessen des getriebenen bürgerlichen Großgrundbesitzes wahrgenommen hat. Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Auf allen diesen Gebieten hätten wir längst viel weiter sein können, wenn die angeblich sozialistische Regierung Preußen nicht im Namen Preußens und der Sozialdemokratie händel.“

Hugenberg kündigt gleichzeitig an, daß die Designationales ihn entschlossen haben, im Herbst ein Initiativgesetz zur Entschärfung der Landwirtschaft einzubringen. Dieses Gesetz soll zunächst für Dillpreisen angewandt werden, dann aber auch auf die anderen wichtigen Preisen, und löst ein Bedürfnis vorliegt, auf weitere Teile des Vieles ausgedehnt werden. Die Formulierung ist wohl mit Absicht sehr unklar gehalten, um in agrarischen Kreisen den Eindruck zu erwecken, daß nur der gute Wille der Regierung genüge, um den Druck der Bevölkerung von über 10 Millionen der Landwirtschaft abzunehmen.

Die Verwirrung, die durch parteipolitische Agitation in die Reihen der Landwirtschaft getrieben ist, wird durch diese Hugenberg-Aktion auf die Spitze gebracht. Der Kampf der landwirtschaftlichen Organisationen gegen Preußen, der Widerstand, der in den Kreisen der Regierungsmaßnahmen entgegengebracht wird, die Reaktion gegen die Preusserei und des Durchdringens immer neuer Forderungen von Landwirtschaftsanbau, Landbau, ökonomischer Front und den politischen Parteien hat Zustände geschaffen, die auf die Dauer eine schwere Gefahr für die wahren Interessen der Landwirtschaft bedeuten.

Die Landwirtschaft selbst muß sich endlich entscheiden, ob sie sich weiter für politische Agitation missbrauchen lassen, oder in Zusammenarbeit mit allen aufbauenden Kräften den wissenschaftlichen Kampf für die Befreiung ihrer Betriebe aufnehmen will.

Reichsangelegten-Tarif gekündigt

Das Reichsfinanzministerium hat auch im Auftrage der Reichsbahn und der Reichsamt des Gehaltsausbaus für die Reichsangelegten zum 31. Januar 1920 gekündigt. Die Kündigung ist ausgesprochen worden, als es nicht gelang durch die Verhandlungen mit den Vertretern der an dem Tarifvertrag der Arbeitskraft beteiligten Organisationen eine Einigung über die Art der Gehälter zu erzielen. Die Reichsregierung will auf Grund der Notverordnung auch künftigen Reichsangelegten die Gehälter um 6 v. H. kürzen. Die Gewerkschaften lehnen diesen Gehaltsabbau ab mit der Begründung, daß die Arbeitslosen-Verhinderung unterliegenden Angehörten von einer Gehaltskürzung ausgenommen werden müssen.

Der Reichsamt für Kaufher

In einer kurzen Ministerbefehlsung am Freitag gab Reichsfinanzminister Dr. Brüning den pflichtigen Einverständnis des deutschen Gesandten Kaufher in Warschau. Dann dankte der Reichsamt seinen Ministerkollegen die überaus wertvolle und tatkräftige Mitarbeit, die sie ihm in diesen Tagen, namentlich bei Vorbereitung und Durchsicht der großen Reichsangelegten geleistet hätten. Er teilte mit, daß der Reichsamtpräsident ihn ersucht hätte, auch in seinem Namen allen Staatsministerkollegen und ihren Mitarbeiterkollegen seinen Dank und seine volle Anerkennung für die wertvolle Arbeit, die im vergangenen Jahre zum Besten des Vaterlandes geleistet sei, auszusprechen. Der Reichsamt dankt den Dank auch den Beamten in den einzelnen Ministerien zu übermitteln, ohne deren hingebungsvolle und unermüdete Arbeit die großen Aufgaben nicht hätten gemeistert werden können.

Dritte Note gegen Polen

Protest gegen die Uebergriffe in Pommern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GEN F, 19. DEZEMBER

Eine neue deutsche Protestnote ist heute mittag von dem Generalstab Dr. Beckers dem stellvertretenden Generalsekretär des Reichsambtes überreicht worden. Sie bezieht sich diesmal nicht auf Oberpommern, sondern auf das Herrschaftsgebiet von Pommern. Die Note erhebt auf Grund der Artikel 7 des Völkerrechtsvertrages zwischen den Alliierten und Polen ähnliche Beschwerden gegen die Uebergriffe polnischer Organisationen und Einzelpersonen, wie sie in den beiden Oberpommern-Noten erhoben werden.

Trotzdem besteht aber ein grundlegendes und außerordentlich bedeutsames Uebereinstimmen bei den beiden Oberpommern-Noten und der heute überreichten Note. Während es sich bei den früheren Beschwerden um deutsche Rechte aus dem deutsch-polnischen Vertrag handelte, führt die deutsche Regierung in ihrer heute erhobenen Beschwerde auf den Artikel 18 des politischen Völkerrechtsvertrages, der einem Mitglied des Völkerbundes das Recht gibt, die Unruhmehrheit des Rates auf jede Beziehung oder jede Gefahr einer Beziehung irgendeiner dritten Verpflichtungen zu lenken. Der Rat ist nach dem gleichen Artikel befugt, die Maßnahmen zu treffen, die ihm nach Lage der Umstände angemessen erscheinen. Die deutsche Regierung tritt also in diesem Fall als Mitglied des Völkerbundes auf, und die Verknüpfung der beiden bisher vorliegenden Beschwerden mit der heutigen Note macht aus dem Schritt der deutschen Regierung einen Akt von ganz besonderer politischer Bedeutung.

★

Am Abend von eingehendem Material weist die Note nach, daß die deutsche Minderheit in der Ausübung des Wahlrechts aus den politischen Schritten aus schwerer behindert worden ist. Das geschah A. B. in der von den Deutschen unterhaltenen Propaganda für eine offene Einmischung, die naturgemäß auf die einzelnen Deutschen einer festen Druck ausüben mußte. Vieles ist auch den Angehörigen der deutschen Minderheit die normale Durch-

„Zardien nachträglich von der Kammer gestürzt“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 19. DEZEMBER

Nach wie in der dritten Republik hat eine neu gebildete Regierung sich mit einer so knappen Mehrheit konstituieren müssen, wie gegen das Kabinett Etage mit seinen festen Stimmern. Auch die Demission dreier Minister und Unterstaatssekretäre fünf Minuten vor Beginn der entscheidenden Abstimmung ist ein Vorgang ohne Beispiel, ein Vorgang, für den der gewesene Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer Zardien die Verantwortung tragen muß. Dies ist bezeichnend genug, daß selbst die Reichspresse es nicht wagt, dieses „politische Bombenattentat“ auf ihre Sprache zu nehmen. Sie zieht es vor, sich für die demissionierten Minister oder für den Fall zu erklären, daß sich die demissionierten Minister vielleicht doch etwas zu spät entschlossen hätten. In der Tat, es war für ihre Demission schon viel zu spät, denn sie hatten alle drei an der Ausarbeitung der Regierungserklärung mitgearbeitet. Wenigstens fiel es dann aber der Kammerungung ferngeblieben und haben sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Zardien selbst hat die Bedeutung der getragenen Vertrauensabstimmung für Etage so gut erkannt, daß er in den Verhandlungen der Kammer erklärte, er lehnt, der durch die Vertrauensabstimmung sei, sei nun nachträglich auch von der Kammer gestürzt worden. In der Tat, die Abstimmung hatte sich eindeutig auf eine persönliche Strafbestrafung zwischen Zardien und der neuen Regierung ausgeübt. Die Reichspresse hebt denn auch heute nicht an, mit mehr oder minder großer Offenheit die Niederlage Zardiens und seine angeblich so freien Mehrheit auszugeben.

Mussolinis Silberfreien

Trotz 900 Millionen Defizit / Brüning als Vorbild

ROM, 19. DEZEMBER

Mussolini hat im überflüssigen Senat eine einhundertköpfige Rede zur allgemeinen italienischen Wirtschaftslage und zu den letzten Preisveränderungsmaßnahmen der Regierung gehalten. Die Rede, die stellenerweise durch ihre große Offenheit überreizt, endet mit einem optimistischen Bekenntnis und mit einem Ausblick auf die Zukunft, der an den berühmten Silberfreien Erfahrungs erinnert, nur daß der Duce bereits die Sonne hat wie an einem warmen Sommerstag erstrahlen ließ.

Mussolini kann damit, daß er die augenblickliche italienische Krise zurückzuführen auf den Ausbruch der großen amerikanischen Krise im Herbst des vergangenen Jahres, die die Welt verunsichert und erschüttert habe, beinahe wie die Statistik vom Tode Napoleons. Das Schicksal der italienischen Wirtschaft, das im Sommer 1920 bereits den rettenden Fort erlitten hatte, ist vor allem dadurch wieder auf hohe See zurückgetrieben worden. Das Staatsdefizit, das der Finanzminister vor kurzem noch aus etwa 700 Millionen errechnet hatte, betrage jetzt ungefähr 900 Millionen Lire.

Mussolini erinnerte an das von der Regierung unternommene Sanierungswerk der letzten Monate, wobei er die tatsächlichen Agardaten besonders scharf hervorhob. Die konfessionellen Bankinstitute Italiens hätten etwa 1 Milliarde Lire Ersparnisse des letzten Jahres verpaltert. „Wir möchten“, sagte Mussolini,

hüfung der Vorarbeiten für die Polen unmöglich gemacht werden, und zwar u. a. dadurch, daß den Gelehrten der betreffenden Ortschaften von den Gemeindevorstehern die Vergabe von Räumen zu Versamlungszwecken verboten wurde unter Androhung der Konfiszierung.

Weiter sind einige Wöden vor der Wahl zwölf in der deutschen Propagandaorgane während der Wahlzeit festgestellt worden. Am 11. November wurden zwei Beauftragte der deutschen Presse auf dem Bahnhof in Dirschau verhaftet und dem Reichsamt übergeben. Bei ihrer Entlassung wurde ihnen das Material zurückgegeben, sie wurden aber, als sie die Wöden verlassen, von etwa 15 Polen iberfallen, die ihnen das Material wieder entziffen und sie so schwer mißhandelten, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Am Wahltribunal wurden deutsche Wahlstimmen einzeln für ungültig erklärt, so daß etwa 20 000 deutsche Stimmen ausfielen. Zahlungen von Wahlberechtigten wurde die Abgabe der Stimme verweigert, weil sie nicht die polnische Staatsangehörigkeit besäßen. Im das noch nachgewiesen wurde, daß ein lediglich unpolnischer, sondern auch ein polnischer Papierre herbeigeführt, obwohl man auch bei den polnischen Wählern genau wußte, daß es sich tatsächlich um polnische Staatsangehörige handelte.

Am Vormittag hat man das Verbot angewendet, daß eine deutsche Besetzung von den Polen aufgestellt wurde, deren Anzahl zum Teil sehr fragwürdige Erfolge waren. Diese Maßnahmen sind unter Leitung des Statofen Verete getroffen worden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß ein erheblicher Teil der deutschen Minderheit durch willkürliche und mit belästigenden Verträgen in ihrer Stelle zu vereinbarenden Maßnahmen von der demnächstigen Wahlung des Wahlrechts ausgeschlossen worden ist. Die deutsche Regierung hat es deshalb für unbedingt notwendig, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die garantierten Rechte der Minderheit wieder herzustellen und so die ersten Erfolge zu befestigen, die aus der Fortdauer des Zustandes der Reichspolitik erwachsen könnten.

Jenen, denen die Seellose obliegt, bringend aus fern Gegenden, die in Zukunft nicht für irdische Dinge wie Banken zu interessieren, die nur von höchsten Erfolgserfolg geleitet werden können.“

Die Zahl der Arbeitlosen in Italien gab Mussolini mit einer halben Million an, wobei er hinzufügte, daß er fürchte, die Zahl werde bis zum Februar um weitere Hunderttausende ansteigen. Durch die Wahlleistungen der Beamten könnten etwa 900 Millionen eingeparkt werden. Nichts eingeparkt werden sei bei dem Zusammenbruch der Staatsrenten und noch weniger bei den militärischen Werten, die von 1922 an von 5 Millionen auf 7 Milliarden gestiegen seien. Die Beschäftigung aller Beschäftigten in ganz Italien verträgen nur notwendigen Gehaltsaufwand etwa 3 Milliarden Lire.

Dabei erwähnte Mussolini als besondere bedenken. Nachricht der letzten Zeit, daß man in Deutschland wieder die Vermögensrechnung eingeführt habe. Eine Anweisung auf Deutschland fand sich bei der letzten allgemeinen Betrachtung der Weltwirtschaftslage, wobei Mussolini von den „herauslichen Mitteln“ sprach, die der Angeler Preisen anzuwenden sich entschlossen habe.

Nachdem Mussolini noch erklärt hatte, daß Institute, die Mitarbeiter kontrollierten und Zahlungen von Wählern beschlagnahmten, durch die Wahlleistungen der Beamten könnten unternehmungen behandelt werden könnten, wachte er sich mit besonderer Heftigkeit gegen die Gerichtshöfen im Ausland die Italiens Recht zu übertragen trachteten, wobei er besonders gegen die Nachricht von italienischen Anwaltshöfen auftrat. Wenn das italienische Volk keine Grundabgaben zahlen würde, dann wäre es freudiger, denn würde es Gerechtigkeit sein.

In die Diskussion stehenden Gebiete werden Johann vom Senat mit 180 gegen 8 Stimmen angenommen.

Rykov soll abgesetzt werden

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 19. DEZEMBER

Das seit einigen Tagen in Moskau tagende Plenum der Zentralkomitee der kommunistischen Partei wird als höchste Instanz die Frage der Reichspolitik nicht grundsätzlich neu entscheiden, sondern sich vorwiegend mit einer erneuten Formulierung der bisherigen Grundgedanken begnügen. Dagegen hat das Plenum des Zentralkomitees die Entscheidung über das weitere Schicksal der Parteiführer der Reichspolitik wie Budarin, Rykov und Zinowiew, die jetzt bereits im Bereich der Wöden nicht aus der Partei ausgeschlossen, aber wohl auch weiterhin im einflussreichen Vöden festgehalten werden. Zinowiew rechnet man damit, daß Rykov, der nach einem kurzen Urlaub zurückgekehrt wieder die Aufgabe als Vorsitzender des Komitees der Volkskommunisten der Union (dem Reichspolitiker entsprechend) übernommen hätte, seiner Stellung entzogen werden und aus dem Politbüro ausgeschieden würde.

J. C. Christensen †

Der herzogtümliche dänische Politiker J. C. Christensen ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Christensen, einer der mortlichen Gelehrten der dänischen Agrarier, wurde bei dem Kopenhagener Reichstag im Jahr 1901 Reichsminister in dem ersten liberalen Kabinett Demzerg und war dann in mehreren Regierungen Reichsminister und Finanzminister.

Deutschland-Vertrag im Wiener Ausschuss
Der Wiener Parlamentarische Ausschuss für Handel und Verträge hat den neuen Handelsvertrag mit Deutschland angenommen.

Börse unter Abgaben-Druck

Im Verlauf wieder erholt

Trotz der Erholung in New York setzte die Börse zu durchweg schwächeren Kursen ein. Es lagen im Gegensatz...

gebolt viel reichlicher, so daß erste Nehmer auch darunter, stellenweise bis zu 3 pCt. annehmen konnten.

Schluß wieder matt Nach mehrfachem Schwanken schloß die Börse wieder in schwächerer Stimmung ab.

Reichsbank-Bezugsrecht

Golddiskont-Aktien oder 110 pCt. bar

Nach eigenem Zögern hat sich die Reichsbank nunmehr zur Ausübung des vorgesehenen Bezugsrechts auf Golddiskont-Aktien entschlossen.

Durch die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse ist aber mit einer solchen Dividendenausüttung bei der Golddiskontbank nicht mehr zu rechnen.

Die Reichsbankleitung hat sich daher entschlossen, ihren Anteilseignern nach freier Wahl an Stelle des Bezugsrechts eine Barabfindung in der Weise anzubieten, daß für je 10 Pfund Golddiskont-Aktien ein

Barbetrag von 224,40 RM

in Empfang genommen werden kann, was eine Abfindung mit 110 pCt. entspricht.

Die Öffentlichkeit wird durch den Inhalt des vorstehenden Comiqués in zwei wesentlichen Punkten überrascht.

Die Zechenbesitzerversammlung in Ruhr- und Ostschlesien hat dem Antrag auf provisorische Verlängerung des Syndikats und insbesondere der Umlageordnung...

Wieder Zwangs-Syndikat?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Zechenbesitzerversammlung in Ruhr- und Ostschlesien hat dem Antrag auf provisorische Verlängerung des Syndikats...

Kohlen-Provisorium

Der Reichskohlenkommissar teilt mit, daß mit der tschechoslowakischen Regierung eine Verständigung erfolgt ist.

Mansfeld-Stillelegung genehmigt

Subventionsfrage entscheidend

Da die Frage der Unterstützung der Mansfeld AG. für Bergbau und Huttenbetrieb, Esleben, durch staatliche Subventionen bisher nicht entschieden...

Gladbacher Gewerkschaft insolvent.

Der Gladbacher Gewerkschaft E. G. m. H. b. H. ist nach seiner Freilag morgen zur Zahlungsunfähigkeit erklärt worden.

die infolge der Notlage der Textilindustrie entstanden sind, und auf die großen eingefahrenen Kredite an den Vorkursvereinbar zurückzuführen.

Schwartzkopf liquidiert nicht

Hoffnungen auf Exportkartell

In der o. G.-V. der Berliner Maschinenbau AG. vorm. L. Schwartzkopf (Lokomotivfabrik) spielte, wie erwartet, neben zahlreichem Antrage über die Auflösung des Abschreibungs-

Warenmärkte

Roggen anhaltend schwach

Am Marke der Zeitschäfte der Berliner Produktbörse waren die Erholungsversuche der Roggenmärkte...

Norddeutsche Eiswerke 19 pCt. schwächer

Am Kassamarkt wurden die Aktien der Nordd. Eiswerke, die seit dem Bekanntwerden der Schwierigkeiten der Bankfirma Gehrdter...

Unnotierte Werte

Table with columns for company names (e.g., Dr. P. Meyer, National-Pf., etc.) and their respective values.

Reichsbank-Forderungen

Table with columns for currency types (Gold, Reichsbank) and values for various dates.

Devisen

Table with columns for locations (London, New York, etc.) and exchange rates.

Noten

Table with columns for bank names (e.g., Reichsbank, Deutsche Bank) and values.

Noten

Table with columns for bank names (e.g., Reichsbank, Deutsche Bank) and values.

Noten

Table with columns for bank names (e.g., Reichsbank, Deutsche Bank) and values.

Noten

Table with columns for bank names (e.g., Reichsbank, Deutsche Bank) and values.

Weiterer Verlauf der Börse

Nachbörse still

Reichsbankaktie, die zum Schlusskurs bei 228 1/2 (225) ausgingen...

Die Kurse der Versicherungskasse wurden fast durchweg auf Vortragssätzen...

Die Kurse der Versicherungskasse wurden fast durchweg auf Vortragssätzen...

London zweischichtig

Die Liquidation gestern ohne Schwierigkeiten vorübergegangen...

Termin-Notierungen: Table with columns for currency type (e.g., Reichsbank, Gold), date, and price.

Ämtliche Kurse der Berliner Börse vom 19. Dezember 1930

Table of official exchange rates for various foreign currencies like Reichsbank, Gold, and others.

Fortlauf. Notierungen

Table of current market prices for various commodities and goods.

Festverzinsliche Werte

Table of fixed interest rates for various bonds and securities.

Aktien

Table of stock prices for various companies and industries.

Industrie

Table of industrial stock prices and market indicators.

Offentl. Pfandbriefe

Table of public mortgage bond prices and interest rates.

Sachwerte

Table of commodity prices for various goods like metals and minerals.

Schuldverschreibungen

Table of debt securities and bond prices.

Hypoth.-Pfandbriefe

Table of mortgage-backed securities and their interest rates.

Konvert. Oblig.

Table of convertible debt securities.

Ausl. Staatsanleihen

Table of foreign government bonds from various countries.

Landschaften

Table of land and estate prices and related market data.

Ausl. Eisen-Obli.

Table of foreign iron-related debt securities.

Banken

Table of bank shares and financial institution prices.

Ohne Zinsberechnung

Table of prices for items without interest calculation.

Kolonial-Werte

Table of colonial goods and commodity prices.